

Zerfall und Bindung

Kein Wandel ohne Unbehagen

ts.- Mit dem 18. März als neuem, vorgezogenen Termin zur Wahl der Volkskammer, der von der am 28.01.1990 gebildeten "Regierung der nationalen Verantwortung" genannten wurde, lässt sich offensichtlich nicht jedem über Nacht ein Gesinnungswandel zu demokratischen bzw. kapitalistischen Umgangsformen verordnen. So beklagt die *Neue Zeit* in ihrer Ausgabe vom 29.01.1990, dass nach Jahrzehnten des Status der "Bückware" (NZ, 29.01.1990), die nunmehr tatsächlich freie Verfügbarkeit der Zeitung (sie lässt sich nun auch abonnieren!) immer noch behindert wird. Die neue Freiheit scheint noch nicht zu jedem Postmitarbeiter und Kioskbesitzer durchgedrungen zu sein. Seltsam eigentlich, so fragt sich die Redaktion, "[...] denn der Verkäufer müsste ein Interesse am guten Umsatz haben." (NZ, 29.01.1990).

Sticheleien, die in ihrer Anwendung wohl auch eine moderierende Entspannung der noch immer prekären innenpolitischen Situation herbeiführen sollen, finden sich aber auch in der großen Politik: der vorgezogene Wahltermin sei von der SPD aus wahltaktischen Gründen erzwungen worden, so vermutet der CDU-Vorsitzende Lothar de Maizière in der NZ vom 30.01.1990. Das *Neue Deutschland* berichtet dazu am 29.01.1990 eher zurückhaltend und erwähnt zum Artikelende etwas verhalten, dass die Anwesenheit internationaler Pressevertreter von - nun ja, eben internationalem - Interesse zeugt. Dennoch sei der vorgezogene Wahltermin aufgrund der innenpolitischen Lage durchaus wichtig. Am 31.01.1990 vermeldet das ND, das auch die "USA-Regierung" den vorgezogenen Wahltermin begrüße; dieser sei der beste Garant für langfristige Stabilität. Der *Spiegel* zitiert indessen einen namentlich nicht genannten Staatssekretär der Bundesregierung, der mitteilt, es lägen "[k]lare Erkenntnisse" vor, dass die Regierung Modrow auch nach Abschaffung des MfS die Abhörpraxis umfassend weiter betreibe - man setze für wichtige Mitteilungen innerhalb der Regierungsstellen jetzt wieder vermehrt Boten ein.

Und auch die Umwelt bleibt ein Thema, und das durchaus doppeldeutig: Der *Spiegel* hat sich, begleitet von einem apokalyptisch wirkendem Titelbild ("Abschalten!"), die "Störfall-Protokolle" des AKW Greifswald zum Thema gemacht. Bemerkenswert ist hier die Unterschiedlichkeit der Kurzbezeichnungen: so schreibt der Spiegel vom "AKW", die DDR-Presse jedoch durchgängig vom "KKW" (Kernkraftwerk). Die DDR-Presse drückt sich weniger sensationistisch aus: in der Ausgabe vom 29.01.1990 zitiert das ND das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz. Es sei, trotz "außergewöhnlichen Ereignissen und Störfällen" in den Kernkraftwerken der DDR bisher nicht zur Freisetzung von Radioaktivität gekommen. Auch die *Berliner Zeitung*

entwarnt am gleichen Tag, verweist aber immerhin auf die Äußerung des BRD-Amtskollegen Töpfer, der im Interview mit der *Welt am Sonntag*, angab, es hätte am 24.11.1989 einen Störfall im Greifswalder Reaktor gegeben. Hat die zuständige Stelle in der DDR gelogen und verharmlost? Tags darauf, am 30.01.1990 findet sich - vermutlich als offensive Gegenreaktion, in dem ND ein Interview mit dem Direktor des Greifswalder Kraftwerks, vermeintlich nonchalante Überschrift: "Eine Kernexplosion ist ausgeschlossen...". Was wohl die drei Pünktchen andeuten sollen? Es drängt sich auf, die Diskussion über den vermeintlichen Störfall und die Gefahren einer "Freisetzung" und einer "Kernexplosion" gleichsam als Metapher der noch immer angespannte politische Lage zu deuten.

Fragen zum Thema Bindung, Loslösung und Neutralität stellen sich auch auf der Ebene internationaler Politik: wie soll die Rolle eines vereinigten Deutschlands gestaltet werden? Neutralität, NATO-Bindung, EG-Beitritt? Das Thema spaltet. Die Reaktionen reichen von leicht kryptischen, politischen Spielraum bewahrenden Aussagen, wie der des zuständigen Vizepräsidenten der EG-Kommission, Frans Andriessen: "Dies ist keine Frage von Monaten, obwohl man nie weiß." (NZ, 01.02.1990) bis hin zum überraschend neuen Konzept Hans Modrows, Deutschlands Einheit zum Preis der militärischen Neutralität gewährleisten zu können: "Deutschland einig Vaterland". Gorbatschow hat grünes Licht gegeben, die NATO sieht das freilich etwas anders, Helmut Kohl lehnt es strikt ab. Am 02.02.1990, einen Tag nach Modrows Pressekonferenz gibt die *Berliner Zeitung* den Wortlaut des Premierministers wieder und merkt zum Schluss, als Seitenhieb auf die DDR-Grünen, die den Regierenden der DDR vorwerfen, "aus der Not eine Tugend zu machen" (*Berliner Zeitung*, 02.02.1990) an: "Man sollte denken, dass diese Konzeption eines Hans Modrow weniger schnodderige Erwidern verdient, sollen sie ernst genommen werden". Das Ziel scheint klar, doch der Weg dahin muss fein abgestimmt werden, damit das Kräftegleichgewicht erhalten bleibt. Keiner hat die Absicht, eine Explosion herbeizuführen.

Übergangsphasen bleiben aber bei allem berechtigtem Pathos der medialen Begleitung des historischen *Kairos* nicht frei von Kuriositäten: der *Spiegel* weiß zu berichten ("Raubkopien: Rechtsfreie Spielwiese"), dass "[...] junge Byte-Piraten ihre Kopier-Partys zunehmend in den Osten [...]" verlagern. In der DDR besteht nämlich kein Urheberrechtsschutz auf Computer-Software. Der Chef des örtlichen Computerklubs, gelegen im Ost-Berliner "Haus der jungen Talente", beantwortet die Frage, welche denn die beliebtesten Computerspiele seien, welche auf den "Kopier-Organen" verschoben werden, wie folgt: "[V]iel Action und Krachen und Ballern". Das ist dann wohl die Wiederkehr der bei der friedlichen Revolution gottlob abwesenden Gewalt im Virtuellen.

Quellen: <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse>,
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1990-5.html>